

Der Kampf

XX 964



Flugzeitung für die revolutionäre Betriebsorganisation

Nr. 9

Redaktion: Bremen, Wiedstraße 42.
Expedition: Bremen, Wiedstraße 42.
Schriftleitung: Heinrich Verlaub, Bremen.
Alle Sendungen sind zu richten an Fr. Braune,
Bremen, Wiedstraße 42.

Donnerstag, 25. Dezember 1919

Erscheinung der Regel wöchentlich. In Mit-
glieder der Betriebsorganisation wird die Zeitung
kostenlos zugewandt. Für Nichtabonnenten Preis
der Nummer 20 Pf. Anzeigen: Die sechsgespal-
tene Zeile 48 Pf. u. 20% Feuerungszuschlag.

1. Jahrg.

Betriebseinstellung als Klassenkampfmittel.

K.B. In der Kommission zur Beratung des Betriebsrätegesetzes wird darum geforscht, ob das Gesetz den Arbeitern als Weihnachtsgabe oder als verspätete Neujahrsgrüße geschenkt werden soll. In diesem Theaterkampf weichen die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder vor ihren bürgerlichen Kollegen Schritt um Schritt zurück, um vor den Arbeitern den Anschein zu erwecken, als koste es ihnen ungeheure Kraftanstrengungen, den Bürgerlichen die „industrielle Demokratie“ abzurufen.

Während in den gut geheizten Beratungszimmern der Nationalversammlung verhandelt wird, wird draußen im lebendigen Betriebe der Fabriken von den Unternehmern gehandelt. Während die Mehrheitssozialisten es höchst eilig haben, ihren immer widerpenstiger werdenden Anhängern ein Beruhigungsmittel zu verabreichen, fühlen die Unternehmer sich stark genug, die Widerpenstigkeit der durch Not erschöpften Arbeiterschaft zu brechen. Die Unternehmer haben es also nicht eilig, im Gegenteil, sie haben alles Interesse daran, Zeit zu gewinnen, um die wachsende Not zur weiteren Schwächung der Arbeiterschaft benutzen zu können. Sie bereiten den Boden vor, damit das Gesetz nur in ihrem Interesse und nicht im Interesse der Arbeiter funktioniere, damit der Sinn der Betriebsräte sich in seinen Widersinn verkehre: die Verfügungsgewalt der Unternehmerschaft über die Produktionsmittel nicht beschränkt, sondern befestigt werde.

Die Unternehmerschaft ist gezwungen, das infolge des wachsenden Rohstoffmangels und der rapiden Preissteigerungen stetig steigende Risiko auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Der Produktionsmittelapparat kann nicht erweitert, ja er kann nicht einmal erneuert werden, weil Rohstoff- und Materialvorräte schwinden und Preisanschwellungen das Kapitalrisiko ins Unerträgliche steigern. Die Produktion kann also nur gesteigert werden durch verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft. Das ist um so schwieriger, als die täglich steigenden Kosten der Lebenshaltung Stoff zur Beunruhigung in die Arbeiterschaft tragen. Der Unternehmer muß also außer verschärft ausbeutenden Arbeitsmethoden den absoluten Arbeitsfrieden durchsetzen. Die Rehrseite der Akkordarbeit ist die Beseitigung der Arbeitervertreter, Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse, aus den Betrieben, wie die Rehrseite des Betriebsrätegesetzes das Streikverbot ist, das unter dem weihnachtlich anheimelnden Namen „Gesetz über den Arbeitsfrieden“ gleichfalls der Arbeiterschaft unter den Christbaum gelegt werden soll.

Die Vorbereitungen für die Zeit der Wirksamkeit des Betriebsrätegesetzes sind in vollem Gange. Es ist ein wohlbedachter, systematisch ausgeführter Feldzugsplan, um mit der Waffe der Aussperrung und Betriebseinstellung neben der Einführung verschärfte Ausbeutungsmethoden die Beseitigung unliebsamer Elemente aus den Betrieben zu erzwingen. Was im Groß-Berliner Metallarbeiterstreik begonnen hat, ist in Bitterfeld und in der Hamburger Vulkanwerft fortgesetzt worden. Ein neuer Streik, unverhüllter und brutaler, ist die Aussperrung in der Automobilfabrik H. Büßing, Braunschweig, der in der „Metallarbeiterzeitung“ vom 13. Dezember unter dem irreführenden Titel „Der Streik Büßing, Braunschweig“ dargestellt ist.

Am 1. August wollte die Firma die Akkordarbeit wieder einführen, und zwar in Verbindung mit einer erheblichen Verschlechterung des Verdienstes. Die Arbeiter lehnten ab und traten in passive Resistenz. Nach zwei Wochen wurde die gesamte Belegschaft von 1500 Mann entlassen. Von den Arbeitern wurde darauf, auf Grund der Verordnung vom 4. Januar 1919, der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Firma erklärte dort, daß die Arbeit nur mit Akkordarbeit und unter der Bedingung aufgenommen werden könne, daß die Nachschicht beseitigt werde. Die Einstellung der Entlassenen könne nur nach freiem Ermessen der Firma erfolgen. Unter keinen Umständen käme ein Mitglied des Arbeiterschusses wieder in den Betrieb. Die Ablegung der Nachschicht bedeutete Brotloswerden von ungefähr 300 Mann. Der Schiedspruch sprach sich für Einführung der Akkordarbeit, Einstellung aller Arbeiter und gegen Maßregelungen aus. Die Arbeiter lehnten wegen der Akkordarbeit ab, die Firma, weil sie betreffs der Einstellungen freie Hand beanspruchte. Der nun angerufene Schlichtungsausschuß fällt eine Entscheidung zugunsten der Arbeiter, die ein wenig

günstiger für die Arbeiter. Diese stimmten dem Spruch zu, der Unternehmer lehnte ab, weil er von dem Recht der Maßregelung nicht abgehen wollte. Der Demobilmachungsausschuß entschied im Sinne der Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium erklärte sich für nicht befugt, gegen die Entscheidung des Ausschusses einzuschreiten. Vom Metallarbeiterverband angestrebte Verhandlungen mit dem Unternehmerverband scheiterten an dessen Weigerung, einzugreifen. Damit waren alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft. Durch die wachsende Not während des 2 Wochen währenden Kampfes zermüht, wurde der Zusammenhalt der Ausgesperrten gelockert. Am 18. November wurde der Widerstand aufgegeben und die Bereitwilligkeit zur Arbeitsaufnahme bekundet. Der Unternehmer ist mit seiner Absicht durchgekommen.

Es ist folgendes beachtenswert: Die Unternehmerschaft ist fast weniger interessiert an der Einführung der Akkordarbeit, als an der Ausschaltung der Arbeitsausschüsse und der Aushebung der ihm nicht genehmen Elemente. Bei der wachsenden Teuerung der Lebenshaltungskosten ist Vorbedingung für die Wirksamkeit der Akkordmethode die Herstellung des Arbeitsfriedens. Die Schwäche der Arbeiterschaft zeigt sich bereits im Beginn der Auseinandersetzungen. Zu schwach, um zu streiken, benügen sie sich, mit passiver Resistenz Widerstand zu leisten. Sie sind es, die immer wieder Verhandlungen anbahnen. Die Unternehmer aber lehnen eine Einigung ab, auch nachdem die Arbeiter sich mit der Akkordarbeit einverstanden erklärt hatten. Sie fühlen sich stark genug, der Arbeiterschaft zu beweisen, daß nur sie die Herren im Hause sind, und daß jeder Widerstand mit der Strafe des Hungerns geahndet wird.

Die Braunschweiger Vorgänge zeigen das gleiche Bild, wie der Berliner Metallarbeiterstreik und die Aussperrung auf der Vulkanwerft: der Mangel an Betriebsmitteln, wachsende Betriebskosten und Risikosteigerung vermindern das Interesse des Unternehmers an der Fortsetzung der Produktion. Die Unterbrechung der Produktion vermehrt den Mangel, der Warenhunger befreit ihn vor der Furcht, daß seine Konkurrenten ihm zuvorkommen könnten; da der Mangel wächst und durch die Unterbrechung der Produktion noch gesteigert wird, kann er sicher sein, um so höhere Preise zu erzielen, je längere Zeit die Herstellung der Produkte erfordert. Der Mangel an Betriebsmitteln stärkt also die Machtposition der Unternehmerschaft, während der Mangel an Lebensmitteln die Machtposition der Arbeiterschaft schwächt. Jeder Tag des Lohnausfalls ist in dieser Zeit wachsender Not und Teuerung eine Quelle qualvoller Entbehrungen, geistiger und körperlicher Entkräftung.

Die wachsende Verarmung, die Entblößung der deutschen Wirtschaft von Betriebs- und Lebensmitteln bewirkt, daß die Unternehmerschaft die Verfügung über die Produktionsmittel benützt, um die Folgen der kapitalistischen Katastrophe auf die durch Niederlagen enttäuschten und durch Not zermürbten Arbeiter abzuwälzen. So bereiten die Unternehmer den Boden, um die gesetzlichen Betriebsräte als Instrumente verschärfte Ausbeutung benutzen zu können, und sie, die die Organe proletarischer Macht sein sollen, zu Wahrzeichen proletarischer Ohnmacht herabzuwürdigen.

Die Arbeiterschaft kann sich vor dem gänzlichen Versinken in sklavischer Stumpfheit und tiefster Verelendung nur retten, wenn sie dem Unternehmertum in großen Massenkämpfen als gefährliche Macht gegenübertritt. Lokale Kämpfe sind von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die wirtschaftlichen Kämpfe müssen über den lokalen Rahmen hinausgehen. Die sicherste Gewähr hierfür ist der Ausbau und die zentrale Zusammenfassung der revolutionären Betriebsorganisationen. In den revolutionären Kämpfen muß sich das Proletariat die Macht erobern, die es ihm ermöglicht, mit Hilfe von Betriebsräten die Kontrolle und maßgebende Beeinflussung der Produktion durchzuführen.

Nur so kann die Unternehmerschaft verhindert werden, die Verfügungsgewalt über die Produktion auszunutzen, nicht um die Not zu lindern, sondern um aus ihr Nutzen zu ziehen und die Verarmung des arbeitenden Volkes zu steigern.

Grundsätzliches und Taktisches.

Die Betriebsorganisationen, zentralisiert in den Industrieunionen der Allgemeinen Arbeiter-Union, sind die Kampforganisation für den revolutionären Klassenkampf auf wirtschaftlichem Gebiete. Sie stehen mit hellem Blick auf dem Boden der prole-

tarischen Revolution. Ihr oberster Grundsatz als revolutionäre Gewerkschaft ist, alle Konflikte zwischen Proletariat und Unternehmertum scharf herauszukehren und in wirtschaftlichen Massenkämpfen zum Austrag zu bringen. Diese Politik betreibt die Allgemeine Arbeiter-Union auf Grund der Erkenntnis, daß der Kampf zwischen Proletariat und Kapital in sein Endstadium eingetreten ist, in dem es um die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht geht. In dieser Periode muß der proletarische Klassenkampf auf allen Gebieten ein revolutionärer Massenkampf sein.

Die Betriebsorganisation, ihre Gedanken und seine Verwirklichung, entstand zuerst in revolutionären, wirtschaftlichen Massenkämpfen der Bergarbeiter und Eisenbahner. Das Hauptproblem, das durch die Schaffung der Allgemeinen Arbeiter-Union gelöst werden muß, ist die Bildung einer organisatorischen Basis für die wirtschaftlichen Massenkämpfe. Diese Aufgabe drängt nach einer schnellen Erfüllung, da wir uns mitten in einer politischen Situation befinden, in der schon morgen oder übermorgen wieder große Massenkämpfe, die sogenannten „wilden Streiks“, ausbrechen können. Für die Zusammenballung der Massenkämpfe, ihre innere Festigkeit und Schlagfertigkeit ist das Vorhandensein einer revolutionären, wirtschaftlichen Kampforganisation von größter Bedeutung.

Als revolutionäre Gewerkschaft befindet sich die Allgemeine Arbeiter-Union, sowohl in ihrer grundsätzlichen Auffassung über den Klassenkampf auf wirtschaftlichem Gebiete und der politischen Situation, wie auch in den sich daraus ergebenden organisatorischen Konsequenzen im schärfsten Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften. Die Freien Gewerkschaften sind heute Stützen des Kapitalismus. Ihr gegenrevolutionärer Einfluß ist das schwerste Hemmnis für die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes. Die Allgemeine Arbeiter-Union muß deshalb in Wort, Schrift und Tat einen scharfen Kampf für die Durchbrechung dieser gegenrevolutionären Beeinflussung der Massen führen. Von den drei grundsätzlichen Postulaten: Führung der wirtschaftlichen Kämpfe im Sinne des Gesamtkampfes des Proletariats, Schaffung einer organisatorischen Basis für die wirtschaftlichen Massenkämpfe und schärfster Kampf gegen die gegenrevolutionären Freien Gewerkschaften, darf die Allgemeine Arbeiter-Union nicht im geringsten abweichen, wenn sie nicht den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlieren will.

Die Taktik, die die Allgemeine Arbeiter-Union bei der Erfüllung dieser Aufgaben einzuschlagen hat, muß so sein, daß sie ihrer Lösung nicht widerspricht. Bei der Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Konflikten des Proletariats mit dem Unternehmertum ist sie ständig auf eine Verschärfung dieser Konflikte hinzuwirken, sie bis zur Auslösung in Massenkämpfe zu treiben. Sie muß den schärfsten Kampf gegen langfristige Tarifverträge führen und darf solche niemals mit dem Unternehmertum abschließen. Selbstverständlich hat sie dabei durch Aufklärung über die politische Situation auf wirtschaftlichem Gebiete in den Massen das nötige Verständnis für die Bedeutung, die Richtung und das Ziel dieser Taktik zu schaffen.

Um in der Allgemeinen Arbeiter-Union wirklich eine organisatorische Basis für die wirtschaftlichen Massenkämpfe zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe die Ausbreitung der Betriebsorganisation über alle bedeutenden Industriezweige, die zentrale Zusammenfassung der Betriebsorganisationen zu Industrieunionen und zur Allgemeinen Arbeiter-Union. Bei der Ausbreitung der Betriebsorganisation ist von größter Bedeutung welche Taktik gegenüber der Masse der Mitglieder der Freien Gewerkschaften. Unsere Taktik muß hier widersprechen von der Parole: Heraus aus den Gewerkschaften! Die konsequente Durchführung dieser Parole scheiterte jedoch schon verschiedentlich an besonderen Verhältnissen. So war man in Hamburg gezwungen, die Konsumangestellten, die der Betriebsorganisation angehören, weiterhin in den Gewerkschaften zu lassen, da ihr Austritt die sofortige Entlassung und damit auch ihre Entfernung vom Kampffeld zur Folge gehabt hätte. In Berlin hat man aus anderen Gründen Mitgliedern der Betriebsorganisation das Verbleiben im Metallarbeiterverband freigestellt. Am schwierigsten liegen die Verhältnisse bei den Eisenbahnern. Dort liegen die Dinge so, daß durch einen Reichstarif alle Eisenbahner gezwungen werden, sich in eine der gegenrevolutionären Gewerkschaften anzuschließen zu lassen. Würden die Unionisten dort nicht die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften! aufheben und es ihren Mitgliedern

freistellen, sich in die Freie Gewerkschaft aufnehmen zu lassen, dann würde es entweder zu Massenentlassungen der Unionisten kommen oder die Betriebsorganisation der Eisenbahner würde zerfallen, indem sich die große Masse ihrer Mitglieder um nicht brotlos zu werden, einfach wieder dem Eisenbahnerverband anschließen. Auf jeden Fall würde dann die Betriebsorganisation untergehen. Der einzige Weg, der hier beschritten werden muß, um die Union zu erhalten, ist die Freigabe des Verbleibens der Unionisten in der betreffenden Freien Gewerkschaft.

Würde diese Beweglichkeit unserer Taktik mit unseren Grundfäden in Widerspruch stehen? Im Gegenteil. Wenn wir, wo es die Verhältnisse nötig machen, unseren Mitgliedern das Verbleiben in der Freien Gewerkschaft freistellen, dann schaffen wir unter solchen Zwangsumständen überhaupt erst die Möglichkeit für die Erhaltung und Ausbreitung der Betriebsorganisation. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir unsere grundsätzliche Auffassung über den wirtschaftlichen Kampf in Anwendung bringen können. Die große Aufgabe der Schaffung einer organisatorischen Basis für die wirtschaftlichen Massenkämpfe würde von dem durch den Zwang der Verhältnisse bedingten Verbleiben der Unionisten in der Freien Gewerkschaft nicht im geringsten gehemmt werden, sondern würde auch erst möglich werden, wenn wir unsere Taktik dem Zwang der Verhältnisse anpassen. Der scharfe Kampf der Allg. Arbeiter-Union gegen die Freien Gewerkschaften würde dadurch, daß Unionisten in den Freien Gewerkschaften bleiben müssen, nicht im geringsten abgeschwächt. Er würde in Wort, Schrift und Tat in der alten Schärfe fortgesetzt werden. Die wichtigste Tat im Kampfe gegen die Freien Gewerkschaften ist immer die Auslösung wirtschaftlicher Massenkämpfe.

Die Beweglichkeit der Taktik im Kampfe ist die Voraussetzung für die Anwendung der Grundfäden und die Durchführung der Ziele der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Vom Kampf gegen die Arbeiter-Union.

Im deutschen Pressewald ist ein neues Bäumchen zugewachsen, und der Naturforscher der mit dem Pflanzenbestimmungsbüchlein in der Hand sich an die Untersuchung gibt, wird nach kurzem Prüfen Form und Art dieses neuen Gewächses herausgefunden haben. „Rundschau für Gewerkschaftler“ nennt sich diese neue Blüte, trägt im Untertitel die Reklamemerkmal: „Gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Träger, die Arbeitsgemeinschaften“, und „Für die sozialistische Gesellschaftsordnung und ihre Träger, das Rätesystem“. Und so ausgestattet fliegt das Blättel hinaus in die Welt. Vergebens sucht man auf allen vier Seiten nach dem Stempel der Abstammung; kein Herausgeber wird benannt. So ist man denn gezwungen, Blutproben anzustellen um Art und Form festzustellen.

Und so schöpfen wir denn zuerst aus dem Leitartikel, der ja bei einer ersten Nummer sozusagen das Programm darstellen soll, zum mindestens aber die Richtung geben. Und da lesen wir denn unter dem Titel: Partei, Rätesystem und Gewerkschaften, — jede dieser drei Organisationen ist in ihrer Art notwendig, jede hat ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen.

Die Partei ist notwendig; sie kann weder durch das von ihr propagierte Rätesystem noch durch die Gewerkschaften überflüssig gemacht werden. Sie vereint alle Anhänger ein und derselben Welt-

anschauung; sie hat den politischen Kampf zu führen, der auf die Überleitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische gerichtet ist.

Das Rätesystem ist notwendig; denn die Durchführung des Sozialismus kann nicht allein durch einen einmaligen gesetzgeberischen Akt oder eine sonstige einmalige politische Handlung geschehen. Durch das Rätesystem übernimmt das Proletariat tatsächlich die jegige kapitalistische Wirtschaft und wandelt sie in die sozialistische um. Der einzelne privatwirtschaftliche Betriebsinhaber wird verdrängt durch die Betriebsräte, die die Weiterführung der einzelnen Werke übernehmen. Auf den Betriebsräten erfolgt der weitere Aufbau des Rätesystems, um so die Regelung der Warenerzeugung und Warenverteilung in den einzelnen Wirtschaftsgebieten, in den einzelnen Branchen und schließlich im ganzen Reiche durchzuführen. Also können die Räte nicht nur aus Anhängern einer Partei bestehen; die Räte müssen die Vertreter des gesamten schaffenden Proletariats sein.

Die Gewerkschaften werden von den Arbeitern als notwendig betrachtet, um innerhalb der noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Lohnkämpfe zu führen und um bei den tausend Tagesfragen, die aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehen, das Proletariat, ohne Unterschied der Parteirichtung, gegen das Unternehmertum zu vereinigen. Das schließt nicht aus, daß sich die Arbeiter ebenso wie in den Räten, so auch in den Gewerkschaften nach ihrer Weltanschauung gruppieren.

Die Aufgaben der Partei und der Räte sind auf die Zukunft gerichtet, sie schaffen etwa neues; sie wollen dem Leben des Kopf- und Handarbeiters einen ganz neuen Inhalt geben. Sie wollen an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Herrschaft der Arbeit setzen. Die Gewerkschaft legt ihrem Wirken die gegenwärtigen Machtverhältnisse zugrunde, und es besteht dauernd die große Gefahr, daß sie in ihrem Bemühen um einige Mark mehr Lohn das höhere Ziel vergißt und eine Taktik einschlägt, die der Partei und dem Rätesystem schwere Hindernisse bereiten. Dem zu wehren, soll eine der Aufgaben sein, die sich unsere „Rundschau für Gewerkschaftler“ gesteckt hat.

In den Produktionsstätten, in den Betrieben, liegt die Macht des Proletariats. Von dieser unzweifelhaften Tatsache ausgehend, ist von der Arbeiterschaft die Notwendigkeit anerkannt worden, sich auf der Grundlage des Betriebes zu organisieren. Infolgedessen wird die Partei, die den politischen Massenkampf führen will, ihre Anhänger in den Betrieben sammeln und formieren, nicht mehr nur in den örtlichen Wahlvereinen, wie dies die alte Sozialdemokratie getan hat. In dem Rätesystem sammelt das Proletariat seine Vertreter ebenfalls auf der Grundlage der Betriebe und der Industriegruppen. Die Gewerkschaften sind demgegenüber zumeist noch Berufsvereine, die sich ihrerseits zu bestimmten Zwecken nach Industriegruppen untereinander verständigen (z. B. das Metallkartell in Berlin). Das Proletariat hat nicht nur Ziele und Aufgaben, die auf der Grundlage des Betriebes gefördert werden müssen, sondern auch solche beruflicher Art: die berufliche Aus- und Fortbildung, der Unfallschutz und ähnliches. Wir können nicht übersehen, daß manche Arbeitergruppen sich über fast alle Industrien verteilen, wie das kaufmännische Kontorpersonal, die Techniker, die Maschinisten und Heizer, Maler und Lackierer usw., so daß demnach eine berufliche Gliederung der Arbeiterschaft neben den beiden Betriebsorganisationsformen (Partei und Rätesystem) nicht von vornherein grundsätzlich abgelehnt werden kann. Übernimmt das Proletariat die Warenproduktion, so muß es auch

für die dauernde Verbesserung der Produktionsmittel, für die Güte der erzeugten Produkte sorgen, was ja zweifellos berufliche Aufgaben sind.

Das Proletariat schafft sich für die Durchsetzung seiner Ziele die entsprechenden Organisationsformen. Es gibt jedoch auch Leute, die immerfort von der „Betriebsorganisation“ reden, aber über der Organisationsform die Ziele vergessen, die Organisationsform über die Ziele stellen. Die Form ist ihnen alles. Das dröhnt nur so: Betriebsorganisation, Betriebsorganisation. Fragt man, was diese Betriebsorganisation sein soll, ob eine Partei oder Gewerkschaft, so erhält man die verlegene Ausrede, in ihnen solle sich das Proletariat als Klasse organisieren, die Zerspaltung der Arbeiterschaft in die verschiedenen Parteien müsse aufhören, sodas schließlich diese Betriebsorganisation nichts anderes wäre, als eine zweite „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie“, die weder Fisch noch Fleisch ist, weder klare politische, noch geläuterte wirtschaftliche Ziele hat. Und wenn sich diese Konfusion zudem noch „revolutionäre Betriebsorganisation“ nennt, so kann dies nur komisch wirken, denn ein wahrer Revolutionär muß sich in erster Linie über seine Grundfäden und Ziele klar sein.

Arthur Dswald.

Das ist der einleitende Artikel der gewerkschaftlichen Rundschau und nun wissen wir auch schon, ohne besondere Namensnennung, wes Geistes Kind sie ist. Die „Rundschau für Gewerkschaftler“ hat ihre Geburtsstätte in der Zentrale der R. P. D. Als gewissenhafte Chronisten haben wir nur festzustellen, was ist. Und da möchten wir erinnern: als nach der Oktoberkonferenz die Ortsgruppe Bremen sich an die Zentrale wandte um Bestellung eines Referenten, sandte sie einen neu eingetretenen Genossen, der in der Zentrale der R. P. D. das Spezialgebiet „Gewerkschaftsfrage“ behandelt. Der Vertreter der Zentrale nahm in unverbindlicher Weise Rücksprache mit hiesigen Mitgliedern der U. A. U. und entwickelte dort den Plan, den „Kampf“ zu einer großzügig geleiteten kommunistischen Gewerkschaftszeitung „auszubauen“. Er fand keine Gegenliebe. Und wenn man heute im Leiter der R. f. Gew. liegt: Es gibt jedoch auch Leute, die immerfort von der „Betriebsorganisation“ reden, aber über der Organisationsform die Ziele vergessen, die Organisationsform über die Ziele stellen. Die Form ist ihnen alles. Das dröhnt nur so: Betriebsorganisation, Betriebsorganisation. So zeigt das, wie wenig jene Leute das Wesen der Betriebsorganisation erkannt haben, und zeigt weiter, wie tief die Kluft zwischen jener Auffassung über die Aufgaben der Gewerkschaften und der unseren ist. Es wird noch manchen schweren Straußes bedürfen, ehe ein gemeinsamer Kampf Boden gefunden ist. Bis dahin möchten wir im Zusammenhang hiermit gleich ein Rundschreiben der Zentrale bekannt geben, das wir ebenfalls in der nächsten Nummer der „Rundschau“ abgedruckt finden und das folgendermaßen lautet:

Die Kommunisten und die Gewerkschaften. Die Kommunistische Partei nahm auf ihrem jüngst stattgefundenen Parteitag Stellung zur Gewerkschaftsfrage. In Konsequenz der gefassten Beschlüsse sendet sie an die Mitgliedschaften nachstehende Mahnung:

„Wir bitten nunmehr streng nach den von der Reichskonferenz angenommenen Leitfäden zu verfahren um sofort zur Gründung kommunistischer Fraktionen in allen Gewerkschaften zu schreiten. Wir glauben, daß die Zeit wie geschaffen ist, um diesen Organisationen das denkbar größte Maß von Betätigung und damit auch von Einfluß auf die Arbeiterschaft zu geben. Die Schärfe der wirtschaftlichen Gegensätze, die jetzt in den rein gewerk-

Charakterköpfe aus dem gegenrevolutionären ungarischen Gewerkschaftsführertum.

II.

Carl Payer.

Führer der Grubenarbeiter. Als gewerkschaftlicher Bürokrat rühmte er sich immer, Arbeiter zu sein, und auf diese Weise erwarb er die führende Rolle in der Gewerkschaft.

Vor der Diktatur bemühte er sich den Namen des „ungarischen Noske“ mit seiner blutdürstigen Arbeit in Salgotarjan zu verdienen. Die Grubenarbeiter von Salgotarjan hatten sich noch vor der Diktatur des Proletariats in Erkenntnis ihrer Klasseninteressen der Kommunistischen Partei Ungarns angeschlossen. Carl Payer, als Befehlshaber der Brachialgewalt erschien hierauf in Salgotarjan und versuchte mit der Verkündung des Standrechtes, durch Hinrichtungen, mit unerhörtem, blutigem Terror die Arbeiter vom Wege der Revolution abzubringen. Seine blutige Arbeit löste auch in den Reihen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter eine ungeheure Erbitterung aus.

Der ungarische Noske fuhr fort eine seinem Wesen entsprechende Arbeit auch während der Diktatur zu verrichten. Als Leiter der Gewerkschaft der Grubenarbeiter entfaltet er eine unermüdete Tätigkeit gegen den Klassenkrieg des Proletariats. Er entsandte Agitatoren nach den Grubengebenden

von Salgotarjan, Tata, die die Arbeiter aufstacheln, nicht in die rote Armee einzutreten. Er selbst begab sich nach diesen Orten und wollte die Arbeiter dazu bringen, zu erklären, daß sie nicht auf dem Standpunkte der revolutionären Diktatur stehen, und daß sie daher nicht zu den Waffen greifen wollten. Das tat er z. B. in Komlo, 5 Kilometer von der serbischen Front entfernt, wo die Verteidigung der Gruben gänzlich den Grubenarbeitern überlassen war, und in einer Zeit, da der Verlust dieser Gruben für den Staat des Proletariats unersehbar gemessen wäre.

Er wurde wegen seiner gegenrevolutionären Tätigkeit am Sowjetkongress zur Rede gestellt. Er wurde heftig angegriffen, man beschuldigte ihn des Verrates. Und Carl Payer, der lebendige Typ eines gegenrevolutionären Sozialdemokraten, der wenige Stunden vorher von den Grubenarbeitern hatte erklären lassen, daß sie nicht auf dem Standpunkte der Diktatur stünden, der eine wilde Agitation trieb, um die rote Armee zu desorganisieren, der bewußt und klar die Gruben von Komlo dem Feinde überliefern wollte, dieser selbe Carl Payer erklärte mit ruhigem Gewissen, mit unbeweglicher Miene, auf welcher keine Spur seiner schändlichen Lüge zu bemerken war, daß er auf dem Standpunkte der revolutionären Diktatur stehe und an diesem Standpunkte festhalte. Diese feierliche Kundgebung erfolgte im Zusammenhang mit einer großen Rede auf dem Kongress, anlässlich des Entente-Ultimatums an die Räterepublik wegen Räumung der eroberten Gebiete. In dieser Rede nahm er den kühnen Standpunkt ein, daß es politisch, mora-

lisch und wirtschaftlich unmöglich sei, den frechen Forderungen der Entente Folge zu leisten. Er schlug gegenüber Bela Kun vor, die Gebiete nicht zu räumen, den Kampf auf Leben und Tod aufzunehmen und wenn notwendig, für die Revolution zu sterben.

Nach diesem Vorschlag schämte er sich nicht, seinen Defaitismus gewissenlos weiter zu treiben. Der heldenhafte Carl Payer knüpfte Verhandlungen mit der Entente an in Gesellschaft seines Genossen Miakits.

Ihre Arbeit hatte vollen Erfolg. Die Diktatur des Proletariats mußte infolge dieser Menge von Lügen und inneren Widersprüchen zu Grunde gehen. Und auf den Körpern des unterdrückten, verratenen Proletariats bestiegen diese Herren jetzt ihre hohen Posten in der auferstandenen bürgerlichen Gesellschaft. Die ganze sozialdemokratische Bewegung in Ungarn spiegelt sich in Franz Miakit und Carl Payer.

Beide sind gewerkschaftliche Demokraten, beide sind unwissende Männer, die immer ihre grobe Dummheit, ihre „Erfahrung“ gegen die Revolutionäre ausgespielt haben. Beide sind Verkörperungen der korrupten Gewerkschaftsbürokratie, dieser besonderen Klasse in der Klasse, die nur Sonderinteressen verfolgt, da sie durch ihre Lage ihrem Wesen nach die Interessen der gesamten Arbeiterklasse nicht sehen kann. In dieser Schicht ist die orenzenlose Korruption eine natürliche Erscheinung, die Unbildung, Dummheit, Unkenntnis der Theorie Ursache des größten Stolzes . . .

Die proletarische Revolution wird mit diesen Leuten aufräumen.

schafflichen Streiks zum Ausdruck kommt, kann diesen Streiks eine außerordentliche Bedeutung verleihen. Sie können im besten Sinne zu Führern dieser Streiks werden, nicht indem sie sich an Gewerkschaftsposten, an Sekretärstellen machen, sondern dadurch, daß sie den Kern dieser gewerkschaftlichen Streiks herauschälen und ihnen ihre Lösung geben, nicht nach dem äußeren Anschein dieser Streiks, sondern nach deren geschichtlichen Kern. Der objektive Kern dieser Streiks aber ist, daß nicht um Lohnforderungen gerungen wird, sondern um die Macht der Bourgeoisie, soweit diese in den Betrieben verankert ist. Die Kämpfe, die jetzt kommen, sind nicht Lohnkämpfe, auch wenn sie äußerlich sich so präsentieren, sondern Machtkämpfe, und indem die Kommunisten diesen ihren eigentlichen Charakter hervorkehren und die entsprechenden Parolen geben, fällt ihnen die Führung dieser Kämpfe zu.

Dann heißt es weiter: „Das nächste Ziel, das uns den beginnenden Abwehrkämpfen gegen die ökonomische Herabdrückung der Arbeiterklasse und gegen die wachsende Zerrüttung der Wirtschaft sich ergibt, ist: „Die volle Kontrolle der Betriebsräte über Produktionen, über Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen usw.“ Jede einzelne der großen Nöten, in denen die wachsende Verwirrung und Zerrüttung der Wirtschaft sich ausdrückt: Die Kohlennot, die Verkehrsnot, die Lebensmittelnot usw., sie alle sind nur aus einem Punkte zu kurieren, der vollen Kontrolle der Arbeiterklasse über Produktion, Verkehr und Handel. Diese Parole ist daher diejenige, die von uns in die entstehenden Abwehrkämpfe wirtschaftlicher Art hinausgeworfen werden muß.

Macht die Bourgeoisie ihre Macht zur Parole, so muß das Proletariat die Macht des Proletariats als Parole herausgeben. Und die Macht des Proletariats findet ihren sichtbaren Ausdruck in den Betriebsräten.

Wir glauben, daß bei einer Betätigung in diesem Sinne und in der Periode der wirtschaftlichen Kämpfe, die jetzt über Deutschland kommen wird, die Partei auch in der Gewerkschaftsfrage die Einheitlichkeit und Geschlossenheit wiederfinden wird, deren sie bedarf, um ihre führende Rolle ganz auszufüllen. Diese Aufgabe ist jetzt die dringlichste und schwerwiegendste, die die Partei zu übernehmen hat.

So warten wir denn in Geduld der zweiten Nummer der Rundschau. Lassen keinen Augenblick unsere Kräfte erlahmen im Aufbau der Arbeiter-Union, und erblicken nach wie vor in der Kommunistischen Partei die Trägerin und Führerin im politischen, im revolutionären Befreiungskampfe des Proletariats.

Die russischen Kommunisten zur Gewerkschaftsfrage.

(Fortsetzung. Siehe „Kampf“ Nr. 8.)

3. Die Theorie der Gleichberechtigung.

Selbst in dem besseren Teil der alten Internationale war die Ansicht weit verbreitet, daß die Partei einerseits und die Gewerkschaften andererseits Organisationen von gleichen Rechten und gleichen Werten seien; Organisationen, die in wichtigen Fragen in der Art zweier verschließender Teile zusammenarbeiten. Der Partei fällt die politische, den Gewerkschaften die ökonomische Führung zu. So nahm z. B. die deutsche Sozialdemokratie eine Resolution an, die auch die Unterstützung August Bebel's hatte, des Inhalts, daß, wenn es nötig werden sollte, zu der Waffe des Generalstreiks zu greifen, die Frage nicht anders entschieden werden könne, als durch eine Umwälzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften.

Vom kommunistischen Standpunkte aus kann diese Ansicht nicht als stichhaltig betrachtet werden. Die „Gleichberechtigungstheorie“ ist von den revolutionären Marxisten immer bekämpft worden.

Vom Standpunkte des revolutionären Marxismus aus ist die Partei die höchste Zusammenfassung aller Formen des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch. Die kommunistische Partei verfügt über ein vollständiges Arsenal von Waffen zur Durchführung dieses Kampfes. Der politische Kampf ist mit dem ökonomischen unauslösllich verknüpft. Die Partei weist sowohl dem politischen wie dem ökonomischen Kampf die Wege. Die Partei ist die Vorhut des Proletariats. Mit der Jackel des Kommunismus erleuchtet sie alle Windungen des proletarischen Befreiungsweges. Darum ist die Arbeit, die die Kommunisten in den Gewerkschaften leisten, nur ein Teil der Arbeit, die die kommunistische Partei als solche leistet.

In einer Periode der Diktatur, wie wir sie jetzt durchleben, kann noch weniger von irgendwelchen Kompromissen an die „Gleichberechtigungstheorie“ die Rede sein. Die geringste Abweichung nach dieser Richtung muß sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis aufs nachdrücklichste bekämpft werden.

4. Die Nicht-Partei-Gewerkschaften.

Die heutigen Gewerkschaften sind formell der kommunistischen Partei nicht unterworfen. Alle Ar-

beiter, Männer und Frauen, werden ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession aufgenommen. Ein nicht der Partei angehörender Arbeiter hat das volle Recht, sich unserer Gewerkschaft anzuschließen.

Aber dabei sollten die Kommunisten, die in den Gewerkschaften arbeiten, unter keinen Umständen über den konservativen Charakter der Nicht-Partei-Mitglieder hinwegsehen. Die Kommunisten und die kommunistische Fraktion in den Gewerkschaften müssen offen den Kommunismus proklamieren. Die Leiter der Gewerkschaften müssen immer wieder die Arbeiter darauf hinweisen, daß die Feinde des Kommunismus, auf ihre Nichtzugehörigkeit zur Partei spekulierend, sie irre zu führen versuchen. Sie müssen den Arbeitern erklären, warum die Gewerkschaften, die formell keine Parteigewerkschaften sind, die kommunistische Partei unterstützen, die proletarische Diktatur anerkennen und für die Sowjetmacht und die Weltrevolution eintreten.

Die kommunistische Partei erlangt ihren Einfluß auf die Gewerkschaften einzig und allein durch praktische tägliche aufopfernde Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, durch die Arbeit ihrer tüchtigsten und treuesten Mitglieder auf verantwortungsvollen Posten in den Gewerkschaften selbst. Nur ein solcher Einfluß, auf jahrelange praktische Arbeit gegründet, kann von Dauer sein.

5. Die Schattenseiten der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die modernen Gewerkschaften leisten eine enorme Arbeit und erleichtern den Kampf der kommunistischen Partei und der Sowjetmacht für den Sozialismus in hohem Grade. Aber zur selben Zeit gibt es in der heutigen Übergangsperiode eine dunkle Seite bei der Tätigkeit der Gewerkschaften. Wenn z. B. manche Arbeiter der Dockarbeitergewerkschaft auf der Wolga die kurzfristigen, individualistischen Lohnforderungen ihrer Mitglieder verteidigen (ohne die Sowjetmacht auch nur in ihrem Kampfe gegen die beispiellosen Diebstähle, die von den Werftarbeitern begangen worden sind, zu unterstützen), dann legen sie Zeugnis von Rückständigkeit ab, von ihrer Unfähigkeit, sich über enge Gruppeninteressen zu erheben. Wenn gewisse Angestellten- und kaufmännische Gehilfen-Verbände Leute in die Sowjetinstitutionen einführen, die außerstande sind, die ihnen anvertraute Arbeit zu leisten, wenn diese Verbände jede Forderung ihrer Mitglieder zu der ihrigen machen, indem sie vergessen, daß sie es nicht mehr mit Unternehmern, sondern mit dem proletarischen Staat zu tun haben, dann legen sie ebenfalls gewerkschaftliche Beschränktheit an den Tag.

Die Bekämpfung dieser negativen Seiten der Arbeiterbewegung ist eine der Hauptaufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften.

6. Konzessionen an den Syndikalismus.

Zu einer Zeit, wo die besten Elemente des französischen Syndikalismus im Begriff sind, ihre früheren Irrungen aufzugeben und sich dem Kommunismus zuzuwenden, indem sie die Forderung „Alle Macht den Räten“ aufstellen, gibt es vereinzelte Gruppen und Kreise in Rußland, die versuchen, die schlimmsten Seiten des Syndikalismus wieder aufleben zu lassen. Die berühmte Partei der linken Sozialrevolutionäre nahm auf ihrer kürzlich abgehaltenen Konferenz eine Resolution betreffend die Arbeitspolitik an, in der verlangt wird: die Übertragung der gesamten Verwaltung der Industrie und des Verkehrs an die Gewerkschaften in der Person des Zentral-Komitees der Gewerkschaften (Punkt 3 der Resolution) und gemeinsame Aktion mit den gewerkschaftlichen Organisationen der ganzen Welt mit dem Ziel, während des jetzigen Prozesses der Weltrevolution von der Verwaltung der Industrie und der Transportmittel der ganzen Welt Besitz zu ergreifen durch eine syndikalistische Vereinigung der Gewerkschaften.

Die Kommunisten, die in den Gewerkschaften arbeiten, müssen in der entschiedensten Weise gegen syndikalistische Tendenzen dieser Art austreten.

7. Der sogenannte Industrialismus.

Ebenso ist notwendig, gegen die unter dem Namen „Industrialismus“ bekannten Tendenzen Front zu machen, die von manchen Mitgliedern der russischen Arbeiterbewegung verfolgt werden. (Mitglieder der Verwaltung des allrussischen Metallarbeiterverbandes.) Die Industrialisten wollen unser ganzes Werk auf die Industriearbeiterschaft aufbauen und die ganze Masse der ungelerten Arbeiter außer acht lassen. Der Krieg und die Revolution haben zweifellos zu vielen grundlegenden Veränderungen in der sozialen Struktur des Proletariats selber geführt. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Der heutige Fabrikarbeiter ist fraglos der höchst entwickelte Teil des Proletariats. Aber die Aufgabe der Kommunisten, der Männer der Arbeiterbewegung, kann es keinesfalls sein, nur die gelernten Arbeiter auszusuchen, die eine Minderheit der Arbeiterklasse darstellen. Die kommunistischen Ideen haben nichts gemein mit der Propagierung einer Arbeiter-Aristokratie. Die Aufgabe der Kommunisten, der Männer der Arbeiterbewegung, besteht vielmehr darin, den fortgeschrittensten Sektionen der Industriearbeiter zu helfen, nach und nach die gesamte proletarische Masse, einschließlich der ungelerten Arbeiter, zu organisieren und zum Werk des staatlichen Auf-

baues heranzuziehen. Die Politik des „Industrialismus“, die auf den ersten Blick radikal zu sein scheint, stellt sich in der Praxis als die opportunistische Politik der Führer der Arbeiter-Aristokratie heraus. Letzten Endes würde diese Politik auf diejenige der Sozialverräter herauskommen.

8. Staatliche Gewerkschaften.

In der Resolution, die vom allrussischen Kongreß der Gewerkschaften im Jahre 1918 angenommen wurde, ist schon festgestellt worden, daß der Kongreß überzeugt ist, daß der Prozeß, der in den Gewerkschaften vor sich geht, dahin führen wird, daß sie sich in Organe des sozialistischen Staates verwandeln, wobei der Eintritt in die Gewerkschaft eine staatliche Verpflichtung für alle dem betreffenden Industriezweig angehörenden Arbeiter wird. (Punkt 9 der Resolution.)

Diese Überzeugung des allrussischen Kongresses stützt sich auf Tatsachen. Die Gewerkschaften übernehmen allmählich die Aufgaben von Staatsorganen. Wenn die Gewerkschaften eine Mobilisation ihrer Mitglieder durchführen, wenn sie Arbeiter in einer bestimmten Stadt konzentrieren, wenn sie die Arbeiter von einem Punkt Rußlands auf einen andern verlegen, wenn sie über Lohnfragen ihre entscheidende Stimme abgeben, sofort, wenn sie durch das Mittel ihrer Vertretung einen entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit des Obersten Volkswirtschaftsrates ausüben, dann handeln sie in der Tat als Organe der Staatsmacht.

Gerade weil dieser Prozeß der Umwandlung der Gewerkschaften in staatliche Organe allmählich und ganz normal vor sich geht, besteht gegenwärtig keinerlei Notwendigkeit, diesen Prozeß irgendwie zu forcieren, und etwa von einer Minute auf die andere die Umwandlung der Gewerkschaften in staatliche Organe zu proklamieren. Die Kommunisten, die in den Gewerkschaften arbeiten, haben daher allen Grund, der Resolution des ersten und zweiten allrussischen Gewerkschaftskongresses in dieser Hinsicht beizupflichten.

9. Fraktion, Gewerkschaften, und lokale Parteiorganisationen.

In jeder Gewerkschaft sollte eine straff organisierte und disziplinierte kommunistische Fraktion bestehen. Die lokalen kommunistischen Fraktionen propagieren die Beschlüsse der zentralen Fraktion und des allrussischen Rates der Gewerkschaften in ökonomischen Fragen. Keinerlei Konzessionen an den sogenannten Lokalismus dürfen gestattet sein. Die Lohnpolitik, die Fragen der Arbeitszeit, der Ernährung usw., alles muß unweigerlich vom allrussischen Gesichtspunkte aus behandelt werden.

Im übrigen ist jede Parteifraktion einer Gewerkschaft nichts anderes als der „Partei-Kern“ der lokalen Organisation. Die gesamte städtische Fraktion der lokalen Gewerkschaften ist vollkommen dem lokalen Komitee der Partei unterstellt, während die allrussische Fraktion der Gewerkschaften dem zentralen Komitee der Partei unterstellt ist.

Die Verteilung der Arbeiter, ihre Mobilisation für die Bedürfnisse der Roten Armee in einer bestimmten Stadt, all dieses ist ausschließlich Sache der lokalen Parteioorganisationen unter der allgemeinen Leitung des Zentralkomitees der Partei. Bei der Mobilisierung der Arbeiter muß das Partei-Komitee mit der kommunistischen Fraktion der Gewerkschaften zu einer Verständigung gelangen, aber die Parteioorganisation hat die ausschlaggebende Stimme.

Die Parteioorganisation leitet die ganze aufbauende Seite der Tätigkeit der Gewerkschaften, nimmt aber nie zu kleinlicher Bevormundung der Gewerkschaften ihre Zuflucht.

10. Organisation des ländlichen Proletariats.

Eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Arbeiterbewegung in Rußland ist die Organisation der Landarbeiter. Es ist notwendig, die schon bestehenden Landarbeiterverbände mit allen nur möglichen Mitteln zu unterstützen. Die in der Arbeiterbewegung tätigen Kommunisten müssen ihren besonderen Ehrgeiz daran setzen, die Landarbeiter zu organisieren. Es ist notwendig, dieser Aufgabe eine genügende Menge von Energie und Kräften zuzuwenden.

11. Die Gewerkschaften und die Internationale.

Infolge gewisser Eigentümlichkeiten in der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Westeuropa besteht eine falsche Auffassung über das Wesen der Gewerkschaft unter den deutschen Kommunisten und den Kommunisten anderer Länder. Unsere Partei ist der Ansicht, daß es unmöglich ist, ohne die Gewerkschaften auszukommen. Im Laufe der proletarischen Revolution werden die Gewerkschaften sich genau ebenso spalten, wie sich die früheren sozialdemokratischen Parteien gespalten haben. Die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung haben uns gezeigt, daß schon jetzt die Berliner Gewerkschaften sich von dem verderblichen Einfluß der Scheidemännischen Sozialdemokratie frei machen. Die russische Gewerkschaftsbewegung muß die Initiative ergreifen zur Gründung einer roten Internationale der Gewerkschaften in derselben Weise, wie die politische Partei es auf politischem Gebiete getan hat. Nicht nur Parteioorganisationen müssen auf dem Kongreß der kommunistischen Internationale vertreten sein, sondern auch Räteorganisationen,

kommunistische Genossenschaften und Gewerkschaften, die die proletarische Diktatur und die Sowjetmacht gut heißen. Unterdeffen ist es notwendig, die internationale Vereinigung jener Gewerkschaften zu schaffen, die auf dem Boden der kommunistischen Internationale stehen.

Reichswehr und Staatsbeamte erhalten Beschaffungsbeihilfen.

Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Berlin an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist die letzte Beschaffungsbeihilfe allen jenen Eisenbahnern bewilligt worden, die am 3. September 1919 ein halbes Jahr lang im Staatsdienst tätig waren. Als Staatsdienst gelten auch Militär, Lazarett, Gefangenschaft, Reichswehr und dergl. Die so in Betracht kommenden Personen erhalten die Beschaffungsbeihilfe in einer Summe ausbezahlt.

Hier erhalten die Schlächter des Proletariats von der scheinsozialistischen Regierung ihre Belohnung für ihre mörderische Tätigkeit. Millionen und abermals Millionen werden diesen Vampfen in den Hals gemorjen, die so nach wie vor am Mark des Volkes zehren. Den Eisenbahnern wird, weil man sie als „Staatsbeamte“ nicht gut übergehen konnte, auch ein Brocken zugeworfen, den man ihnen aber durch gleichzeitige Überreichung der Steuerzettel und Einbehaltung der riesigen Steuerbeträge auf das geringste Maß beschneidet.

Und die Kumpel? Ihnen als den wirtschaftlich wichtigsten Faktoren im Produktionsprozess und den am meist Beknechteten und am meisten Ausgebeuteten werden alle Forderungen auf Wirtschaftsbeihilfen, ohne die sie elend zu Grunde gehen müssen, abgelehnt!

Aus der „Freien Arbeiter-Union“

Daß es den Herren Nolke, Kater, Winkler, Windhoff nicht darum zu tun war, die revolutionären Arbeitermassen zu einem Block zum Kampf gegen das Zechkapital zusammenzuschließen, sondern daß es sich bei ihnen hauptsächlich darum handelte, ihre rein syndikalistischen Ideen der Union einzupflanzen, sie zu einem Anhängel des Syndikalismus zu machen, beweist haarscharf folgender interessante Briefwechsel, den wir der „Freien Bergarbeiter-Union“ vom 13. Dezember entnehmen:

Herrn Josef Witt!

Werter Kollege! Von unsern Leuten sind mir eine Anzahl Karten von dort ausgestellt zugegangen, wonach Geld für die Zeitung angefordert wird und nun

Dir doch bekannt sein, daß Kollege Kramer der Kassierer der Föderation ist und alle Gelder an diesen einzulösen sind. Auch sollen alle der Föderation betreffenden Zahlungen an diesen geleistet werden. Ihr habt bis jetzt noch keine Zahlungen geleistet, wenn Ihr Euch verschmelzen wollt, unverzüglich nachholen wollt. Kindereien können in der Arbeiterbewegung keinen Platz haben. Das Umschreiben an unsere Leute würde wollet ihr unterlassen, weil unsere Leute ihre Beiträge nach hier einsenden und die Zeitung und sonstiges Material von hier aus gratis erhalten. Heilung wüßte zunächst nichts von der Herausgabe Eurer Zeitung! Von einem Zusammentritt unserer Leute dort im Kreise kann keine Rede sein. Darüber beschließt eine neue Konferenz von uns in der nächsten Woche. Wir wollen auch vor der Herausgabe der Zeitung deren Inhalt kennen. Es ist nämlich nicht jedermanns Sache, für eine Zeitung zu schreiben.

Spaniol.
6. 12. 1919.

W. G.

Deine wertere Karte vom 5. 12. erhalten, teile ich Dir mit, daß ich über das Schreiben ordentlich erstaunt war.

1. Weißt Du doch sehr gut, daß schon am 6. November der Beschluß gefaßt wurde, Euer Ortsgruppen sollten sich sofort in die Schachtorganisation auflösen, was bis heute nicht geschehen ist.

2. Sollte Kramer wohl das Geld erhalten und wir sollten das Material bestellen. Es sind doch 60000 Preßfonds- und 1 Million andere Marken, Bücher und Aufnahmeblocks bestellt, wovon Eure Leute doch auch schon geholt haben. Daß wir, weil Kramer kein Geld geschickt hatte, mit unserem Gelde arbeiten mußten, ist selbstverständlich.

3. Am 1. 12. kam die Genehmigung der Zeitung. Nun mußte ich sie, wenn ich sie noch diese Woche heraus haben wollte, sofort in Druck geben.

4. Die Essener Union-Obleute erklärten sich für eine Einigung und ließen die Zeitung sofort durch uns versenden. Das Geld haben sie uns sofort überwiesen.

5. Wollten wir nun, daß die Leute der Freien Vereinigung auch die Zeitung haben sollten, so mußten wir sie doch benachrichtigen und anfragen, ob sie Zeitungen wünschten. Weil wir nun die Zeitung sofort bezahlen mußten, haben wir selbstverständlich verlangt, daß sie die Zeitung bezahlen müßten. Abgesehen haben wir den Leuten die Zeitung zum Selbstkostenpreis von 6 Pfg. für das Stück abgegeben.

6. Dich habe ich sofort von der Genehmigung brieflich in Kenntnis gesetzt.

7. Du schreibst: Kindereien können in der Arbeiterbewegung keinen Platz haben. Sind denn die ganzen Konferenzen bloß Kindereien gewesen? Ist es vielleicht Kinderei, daß ich die Zeitung in Druck gegeben habe? Oder habt ihr mich als dummes Kind gehalten, indem ihr mich für gut hielt, die Zeitung anzumelden, allerhand Laufereien zu machen und zum Schluß Heilung oder jemand anders fragen soll, ob ich dieses oder jenes schreiben soll oder nicht? Wenn man mich von Eurer Seite nicht für fähig hielt, für die Zeitung zu schreiben, dann war es Heuchelei, daß Ihr mir die Arbeit, die Zeitung zu beschaffen, überhaupt aufgetragen habt. Wenn ich Verantwortlich bin, weiß ich auch, was ich zu tun habe.

Und wenn du bemerkst, eine Zeitung zu schreiben sei nicht jedermanns Sache, so kann ich Dir sagen, das ich Bergmann und kein Jurist bin. Und wenn ich schreibe, so schreibe ich auch bloß für Bergleute, also der Kumpel für den Kumpel!

Ich halte mich an den Düsseldorfer Konferenzbeschlüssen und tut ihr das nicht, so müßt Ihr die Verantwortung selbst tragen.

Anbei ein Exemplar der Zeitung.

Mit Gruß

Witt.

Nicht der Ausbau der Kampforganisation ist also die Hauptsache für die Herrschaften um Spaniol, sondern — die Kasse und die Zeitung!

Ob die Genossen Witt und Freunde nun merken werden, wie sie von ihren syndikalistischen Bettern eingeseift werden sollten? Und unsere der Union angehörenden kommunistischen Genossen, werden sie sich nunmehr endlich zu einer Fraktion innerhalb der Union zusammenschließen, um den verderblichen Einfluß dieser syndikalistischen Geschäftemacher zu brechen.

Steuermarken statt Arbeitslohn.

Berlin, 16. Dez. Der Steuerausschuß der Nationalversammlung genehmigte heute zunächst den § 15 der Reichseinkommensteuer, wonach bei der Veranlagung zur Einkommensteuer das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet wird. Die Kommission ging dann zur Beratung des § 44 des Entwurfs über, wonach der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zehn Prozent des Lohnes zu Lasten des Arbeitnehmers abzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben hat. Reichsfinanzminister Erzberger erklärte, einerseits werde das Reich damit alsbald in den Besitz von Mitteln gelangen, nicht mehr so stark auf den Schahanweisungskredit angewiesen sein, außerdem aber spare es damit viele Tausende von Beamten.

Demnach werden also die Arbeiter künftig an jedem Lohnstag statt des zum Lebensunterhalt fehlenden Geldes ein Büchlein mit Steuermarken auf den Tisch legen. Wenn heute schon der Arbeitslohn nicht reicht zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, dann werden es künftig noch 10 Prozent weniger sein! Der Kumpel wird künftig nicht wissen, was er verdient, aber er weiß, daß er zur Arbeitsstätte gehen muß, um seine Steuermarken kleben zu müssen zur Deckung der Kriegskosten, zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates. Er weiß, das man die Kapital-schieber, die Wucherer, die Börsenjobber ihren Raub ins Ausland bringen ließ, daß man ihn aber zwingt, Steuermarken zu kleben, daß man einen neuen Raub an seinem spärlichen Einkommen begeht, das er nicht einmal zu sehen bekommt. Die mehrwertentziehenden, unproduktiven Kapitalisten werden nach wie vor die Möglichkeit haben, sich durch allerhand Schiebungen um das Steuerzahlen herumzubücken, dem Arbeiter wird man einfach den verdienten Arbeitslohn, der nicht ausreicht zum Leben und zum Sterben, vorenthalten. Herr Erzberger besitzt die Dreistigkeit, zu erklären, das Reich werde sich dadurch in den Besitz von Mitteln setzen, nicht mehr so stark auf Schahanweisungskredit angewiesen sein, und man werde außerdem viele Tausende von Beamten ersparen. Das also soll geschehen auf Kosten des hungernden Proletariats. Hört ihr's, Arbeiter, ihr sollt letzten Endes die ganze Zech des imperialistischen Krieges, in dem die Schieber Milliarden verdienen, bezahlen. Ihr sollt durch eure zermürbte, vom Hunger gebrochene Kraft dem kapitalistischen Staate die Schahanweisungen ersetzen, sollt dieser verkommenen Gesellschaftsordnung auf die Beine helfen, sollt gezwungen werden, diesem faulen Staate doppelt und dreifach Sklavendienste zu leisten, während andere in Freiheit die Milliarden verprassen. Arbeiter, Proletarier, überlegt euch, ob ihr freie Menschen sein wollt oder Sklaven!

Die „wahnsinnigen Lohnforderungen“.

Der freigewerkschaftliche „Töpfer“ brachte am 4. Januar 1919 einen Aufsatz, in dem er über die „wahnsinnigen Lohnforderungen“ der Arbeiter schimpfte. Es hieß dazwischen:

„Es ist verbrecherisch, die Arbeiter anzureizen, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft allen gleichmäßig zu geben vermag! Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Löhnen erzwingen, muß bei der unvermeidlich kommenden schweren Krise die übrige Masse der Arbeiter an ihrem Lebensnerv verlegen.“

Dieses selbe Gewerkschaftsblatt der Töpfer schreibt unterm 6. Dezember 1919:

„Es ist vieles bei uns in volkswirtschaftlicher Beziehung gesündigt worden. Man hätte den Bergleuten, den Eisenbahnern usw. feinerzeit die geforderten Löhne anstandslos bewilligen, hätte in weiser Voraussicht überall die Löhne der Arbeiter erhöhen und dafür die Verkaufspreise unserer Waren im Verhältnis zu unserer niedrigen Valuta gleichfalls erhöhen sollen. Die deutschen Arbeiter hätten dadurch zunächst allerdings keine Besserung ihrer Wirtschaftslage verspürt. Aber wir hätten auch das Ausland mit dieser Maßnahme getroffen. Es braucht unsere Kohle, es braucht andere Produkte von uns, denn der Waren- und Kohlenhunger ist allgemein. Wäre man beizeiten zu solcher Erkenntnis gekommen, es wären ungezählte Millionen mehr als sonst in unser Land zurückgeflohen, dieser Umstand wäre unserer Valuta zuhilfe gekommen — darauf kommt es an! — Deutschland hätte sich leichter erholen können und stände heute nicht am Rande des Abgrundes.“

Die deutsche Wirtschaft muß unter der Parole marschieren: Möglichst hohe Preise und entsprechend hohe Arbeitslöhne! Das wäre der einzige aber auch der gangbare Weg, unser Land wieder langsam zur Gesundung zu bringen. Natürlich muß damit Hand in Hand gehen die möglichste Steigerung unserer Gesamtproduktivität und die möglichste Einschränkung der Einfuhr. Alle müßten Hand ans Werk legen, um dieses Programm zu verwirklichen. Ob diese Einsicht aber allen kommen mag?“

Der „Töpfer“ tanzt, wie die Unternehmer pfeifen. Im Januar schimpfte er auf Unternehmerbefehl gegen die „wahnsinnigen Lohnforderungen“. Jetzt wünschen die Unternehmer Lohnforderungen, weil sie ihre Waren auf dem Inlandsmarkte dem Weltmarktpreise anpassen und dies mit den neuen Lohnforderungen der Arbeiter bemänteln wollen. Und wie auf Kommando schwenkt der „Töpfer“ ein, ohne den Zusammenhang zu überschauen. Wird er sich jemals zu der Einsicht aufschwingen, daß nicht nur ein Kampf um einen höheren Nominallohn, sondern der Kampf um die Übernahme der Betriebe durch das Proletariat gesungt werden mag?

Aus den Organisationen

Schöningen (Braunschweig). Der Ortsausschuß Schöningen der Allgemeinen Arbeiter-Union hatte zu einer öffentlichen Volksversammlung am Freitag, den 12. dieses Monats eingeladen, die ungemein stark besucht war. Das Referat hatte Genosse Merges, Braunschweig. Er sprach über Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union. Am Schlusse des Vortrages forderte er namentlich die Bergarbeiter und Eisenbahner auf, sich der Allgemeinen Arbeiter-Union anzuschließen. Der starke Beifall bewies, daß auch hier in Schöningen die Allgemeine Arbeiter-Union sich durchringen wird. Da sich niemand zum Worte meldete, ergriff der Versammlungsleiter, Genosse Voges, das Wort und schilderte die Kämpfe in der Metallindustrie, namentlich die der Werftarbeiter. Er forderte die Metallarbeiter auf, sich restlos in der Allgemeinen Arbeiter-Union zu vereinigen. Nachdem sprach Genosse Merges das Schluszwort. Trotzdem Gewerkschaftsführer anwesend waren, trauten sie sich nicht das Wort zu nehmen. Sie wählten hier nur hinterücks. Die Äußerung eines U. G. B.-Gewerkschaftsführers ist bezeichnend für ihre Kampfweise. Hat er doch gesagt: „mit denen müßte niemand mehr zusammen arbeiten“.

Quittung.

Zur Propaganda für die Allgemeine Arbeiter-Union: Mk. 10.—, von A. H. und L. F. Abgeliefert durch R. Stb.

Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands.
Ortsausschuß Bremen.
Braune.

Todesanzeige.

Am 9. Dezember versank in der Nordsee durch Auflaufen auf eine Mine der Dampfer „Schönfels“ aus Nordenham, wobei unter anderen auch unser Genosse

Leopold Zacharias

tödlich verunglückte. Wir beklagen in ihm den Verlust eines aufrichtigen, revolutionären Kämpfers und werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands
Gruppe: Bremerhaven. Sektion: Seeleute.